ETL | ITI Mittelrheinische Treuhand

Lese-Exemplar

Jobcenter Landkreis Kusel
Kusel

Bericht über die Prüfung
des Jahresabschlusses zum
31. Dezember 2025
und des Lageberichtes
für das Wirtschaftsjahr 2025

Lese-Exemplar vom 25. August 2026

5200184/25JAP/20082026

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Anlagenverzeichnis		2
1	Prüfungsauftrag	3
2	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	4
3	Grundsätzliche Feststellungen	8
3.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	8
3.2	Sonstige Verstöße gegen gesetzliche Fristen	9
4	Prüfungsdurchführung	9
4.1	Gegenstand der Prüfung	9
4.2	Art und Umfang der Prüfung	9
5	Feststellungen zur Rechnungslegung	10
5.1	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
5.2	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
5.2.1	Bewertungsgrundlagen	11
5.2.2	Zusammenfassende Beurteilung	11
6	Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	11
6.1	Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	11
7	Schlussbemerkung	13

Lese-Exemplar

Anlagenverzeichnis

1. Bilanz

2. Gewinn- und Verlustrechnung

3. Anhang

4. Lagebericht

5. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

6. Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG

Allgemeine Auftragsbedingungen

Lese-Exemplar

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von + / einer Einheit (TEUR, EUR, % usw.) auftreten.

Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Die gewählte Schreibweise bezieht sich jedoch immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen.

1 Prüfungsauftrag

Der Geschäftsführer des

Jobcenters Landkreis Kusel,
Kusel,

(nachfolgend „Jobcenter“ oder „Eigenbetrieb“)

hat uns aufgrund des Beschlusses in der Sitzung des Kreistages vom 22. November 2023 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2025 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Lageberichts gemäß § 89 Gemeindeordnung (GemO) i. V. m. der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen (KomPrVO) beauftragt.

Des Weiteren sind wir beauftragt worden,

- die wirtschaftlichen Verhältnisse über das nach IDW PS 720 „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG geforderte Maß (siehe Anlage 6) zu prüfen.

Bei unserer Abschlussprüfung haben wir die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet.

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an den Eigenbetrieb. Er wurde nach IDW PS 450 n.F. (10.2021) erstellt.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten.

Lese-Exemplar

2 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Den Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An das Jobcenter Landkreis Kusel, Kusel:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Jobcenter Landkreis Kusel, Kusel, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Jobcenters Landkreis Kusel, Kusel, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 89 Abs. 3 GemO Rheinland-Pfalz unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Lese-Exemplar

Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhalts – Auflösung des Eigenbetriebes

Aufgrund des Beschlusses des Kreistages vom 4. Juni 2025, wird der Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2025 aufgelöst und ab dem 1. Januar 2026 in der Kernverwaltung des Landkreises Kusel integriert. Der Jahresabschluss wurde aufgrund der Integration in die Kernverwaltung weiter unter der Prämisse der Unternehmensfortführung aufgestellt. Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht sind diesbezüglich nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Werkausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Werkausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Lese-Exemplar

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 89 Abs. 3 GemO Rheinland-Pfalz unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Eigenbetriebs bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt;

Lese-Exemplar

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs;

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Mainz, 20. August 2026

Mittelrheinische Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Dr. Breitenbach
Wirtschaftsprüfer

gez. Brocker
Wirtschaftsprüfer“

Lese-Exemplar

3 Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

Geschäftsverlauf und Lage

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Aspekte:

- Der Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ wurde zum 1. Januar 2012 errichtet, um die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) im Rahmen der zugelassenen kommunalen Trägerschaft gemäß § 6 a SGB II wahrzunehmen.

- Das Wirtschaftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresgewinn von EUR 40.017,68 ab.

- Der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn resultiert aus den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Rückstellungen, die für Urlaub, Überstunden, Jahresabschlusserstellung, Abschluss- und Prüfungskosten sowie die Archivierung zu bilden sind.

- Da das Jobcenter Landkreis Kusel lediglich die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) wahrnimmt und hierfür die entsprechenden Mittelerstattungen erhält, ist eine Gewinnerzielungsabsicht nicht gegeben.

- Ab dem Jahr 2026 wird der kommunale Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ in die Kernverwaltung der Kreisverwaltung Kusel integriert werden. Damit wird der Empfehlung des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2018 Rechnung getragen, nach der die Organisationsform des Jobcenters überprüft werden sollte. Im Nachgang zu dieser Überprüfung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 4. Juni 2025 beschlossen, den Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2025 aufzulösen und zum 1. Januar 2026 in die Kernverwaltung zu integrieren.

Lese-Exemplar

Voraussichtliche Entwicklung

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- Neben den weiterhin anhaltenden Konflikten im Nahen Osten und der Ukraine wird die Sozialstaatsreform Auswirkungen auf die künftige Entwicklung haben.

- Die Auflösung des Eigenbetriebs zum 1. Januar 2026 und die Implementierung der jeweiligen Fachbereiche und Referate in die Organisationsstruktur der Kernverwaltung stellt ebenfalls eine Herausforderung dar.

- Schwierig ist es zurzeit, strategische Schwerpunkte auf Zielgruppen zu lenken. Die nicht abschätzbaren, konjunkturellen Entwicklungen stellen das Jobcenter insgesamt vor komplexe Herausforderungen, die es auch in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt.

3.2 Sonstige Verstöße gegen gesetzliche Fristen

Bei der Durchführung der Abschlussprüfung haben wir die im Folgenden aufgeführten Verstöße gegen gesetzliche Fristen festgestellt:

- Entgegen § 27 Abs. 1 EigAnVO wurden der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2025 nicht innerhalb der ersten sechs Monate des Folgejahres aufgestellt.
- Entgegen § 15 Abs. 1 EigAnVO ist der Wirtschaftsplan nicht vor Beginn des Wirtschaftsjahres beschlossen worden.
- Der Jahresabschluss 2024 wurde am 26. Januar 2026 festgestellt. Somit wurde die Jahresfrist zur Feststellung des Jahresabschlusses 2024 gem. § 27 Abs. 2 Satz 3 EigAnVO nicht beachtet.

4 Prüfungsdurchführung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung und den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - sowie den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze für unsere Prüfung des Jahresabschlusses waren die Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie die Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Prüfungskriterien für den Lagebericht waren die Vorschriften des § 289 HGB.

Ergänzende Bilanzierungsbestimmungen aus der Betriebssatzung ergaben sich nicht.

Der Prüfungsauftrag wurde durch den Geschäftsführer wie folgt erweitert:

- Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) siehe Anlage 6.

Lese-Exemplar

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung erstreckt sich nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Eigenbetriebs oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist die Entwicklung einer Prüfungsstrategie und eines darauf abgestimmten Prüfungsprogramms, mit dem Ziel ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu erlangen, um das Prüfungsrisiko auf ein vertretbar niedriges Maß zu reduzieren. Das Prüfungsprogramm enthält die von den Mitgliedern des Prüfungsteams durchzuführenden Prüfungshandlungen nach Art, zeitlicher Einteilung und Umfang.

Bei der Identifizierung und Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf Abschluss- und Aussageebene erlangen wir ein Verständnis über das Unternehmen und dessen Umfeld, einschließlich der für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollen und ggf. der für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Diese Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung ergänzen wir um Datenanalysen. Darauf aufbauend führen wir ggf. Funktionsprüfungen durch, um die Wirksamkeit von relevanten internen Kontrollen zu beurteilen. Die Erkenntnisse aus diesen Prüfungshandlungen haben wir bei der Festlegung der aussagebezogenen analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt, die darauf ausgerichtet sind, wesentlich falsche Darstellungen aufzudecken.

Bei der Planung und Durchführung der Prüfung als auch bei der Beurteilung der Auswirkungen von identifizierten falschen Darstellungen auf die Prüfung und von etwaigen nicht korrigierten falschen Darstellungen auf den Jahresabschluss und ggf. den Lagebericht haben wir das Konzept der Wesentlichkeit beachtet.

Unsere Prüfungsstrategie hat zu folgenden Prüfungsschwerpunkten geführt:

- die Realisation der gebuchten Kostenerstattungen nach SGB II,
- die Bewertung der Pauschalwertberichtigung bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und deren spiegelbildliche Verbuchung bei den Verbindlichkeiten gegenüber Bund und Kommune.

Weiterhin haben wir u. a. folgende Standardprüfungshandlungen vorgenommen:

- Einholung von Bankbestätigungen bzgl. der ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.
- Einholung einer Auskunft des Rechtsamtes des Landkreises Kusel über Rechtsstreitigkeiten.

Für das Berichtsjahr haben wir auf die Einholung von Saldenbestätigungen aufgrund der speziellen Spiegelbildlichkeit durch die Kostenerstattung von Bund und Kommune im Rahmen der gesetzlichen Regelungen nach SGB II von Forderungen und Verbindlichkeiten verzichtet.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erbracht worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

Lesp-Exemplar

5 Feststellungen zur Rechnungslegung

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Grundlagen und Ordnungsmäßigkeit der Buchführung

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften. Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Als zusammenfassendes Ergebnis unserer Prüfung, die sich auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Bestandteile des Abschlusses und deren Ableitung aus der Buchführung,
- die Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben,
- die Beachtung der Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften,
- die Beachtung aller für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen und
- die Beachtung von Regelungen der Betriebssatzung, soweit diese den Inhalt der Rechnungslegung betreffen,

erstreckt hat, haben wir den in Abschnitt 2 wiedergegebenen Bestätigungsvermerk erteilt.

Die gesetzlichen Vertreter haben die Berichterstattung über die Organbezüge im Anhang unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB nach unserer pflichtgemäßen Beurteilung der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse berechtigterweise eingeschränkt.

Lese-Exemplar

5.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.2.1 Bewertungsgrundlagen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren einschließlich etwaiger Auswirkungen von Änderungen an diesen Methoden verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

5.2.2 Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir zu der in unserem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk getroffenen Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

6 Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

6.1 Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 6 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Lese-Exemplar

7 Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts des Jobcenter Landkreis Kusel, Kusel, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie über die Prüfung nach § 53 HGrG erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Mainz, 20. August 2026

Mittelrheinische Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Breitenbach
Wirtschaftsprüfer

Brocker
Wirtschaftsprüfer

Lese-Exemplar

Jobcenter Landkreis Kusel
Kusel

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite

	€	31.12.2025 €	31.12.2024 €
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		32.759,34	38.955,95
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.003.599,22		2.477.224,95
2. Forderungen gegen den Einrichtungsträger	493.377,08		457.159,55
3. Forderungen gegen Gebietskörperschaften	13.494,14		13.084,73
4. Sonstige Vermögensgegenstände	105,76		105,76
	2.510.576,20	2.510.576,20	2.947.574,99
II. Guthaben bei Kreditinstituten		419.801,76	693.413,38
Summe Umlaufvermögen		2.930.377,96	3.640.988,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.758.009,09	1.814.009,80
		4.721.146,39	5.493.954,12

Passivseite

	€	31.12.2025 €	31.12.2024 €
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000,00		5.000,00
II. Allgemeine Rücklage	32.235,36		32.235,36
III. Gewinn- /Verlustvortrag	0,00		39.034,83
VI. Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)	40.017,68		-75.252,36
Summe Eigenkapital	77.253,04	77.253,04	1.017,83
B. Sonderposten		32.759,34	38.955,95
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		429.315,26	469.332,94
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.525,96		9.577,49
2. Verbinlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger	783.389,94		989.510,79
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	1.296.603,10		1.785.683,17
4. Sonstige Verbindlichkeiten	33.270,75		38.748,05
Summe Verbindlichkeiten	2.121.789,75	2.121.789,75	2.823.519,50
E. Rechnungsabgrenzungsposten		2.060.029,00	2.161.127,90
		4.721.146,39	5.493.954,12

Lese-Exemplar

Jobcenter Landkreis Kusel
Kusel

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2025

			2024
	€	€	€
1. Kostenerstattungen für die Aufgabenerfüllung nach SGB II		36.174.806,88	38.682.614,07
2. Sonstige betriebliche Erträge		1.052.351,73	18.491,96
		37.227.158,61	38.701.106,03
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.252.690,98		3.170.772,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	964.672,00		883.275,93
- davon für Altersversorgung: € 300.269,78 (Vorjahr: € 279.952,93)			
	4.217.362,98	4.217.362,98	4.054.048,04
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		6.196,61	11.352,64
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		32.962.197,35	34.707.501,50
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.383,99	3.456,21
8. Ergebnis nach Steuern		40.017,68	-75.252,36
9. Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)		40.017,68	-75.252,36

Lese-Exemplar

A n h a n g

zum 31. Dezember 2025

Jobcenter
Landkreis Kusel
Fritz-Wunderlich-Straße 49b
66869 Kusel

Lese-Exemplar

Gliederung

A. Allgemeines

B. Angaben zur Bilanz und zu den Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

C. Erläuterungen zur Bilanz

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

E. Sonstige Angaben

F. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

G. Ergebnisverwendung

A. Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 des Eigenbetriebes Jobcenter Landkreis Kusel wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz vom 05. Oktober 1999 erstellt. Für die Gliederung des Jahresabschlusses fanden die Formblätter der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Anwendung.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgt, trotz des Beschlusses vom 04.06.2025 des Kreistages zur Integration des Eigenbetriebes Jobcenter Landkreis Kusel in den Kernhaushalt der Kreisverwaltung Kusel zum 01.01.2026, unter der Prämisse der Unternehmensfortführung.

B. Angaben zur Bilanz und zu den Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

Das Sachanlagevermögen ist durch Rechnungen und eine Anlagenbestandsliste nachgewiesen. Auf eine körperliche Bestandsaufnahme zum Bilanzstichtag wurde verzichtet.

Die Zugänge des Anlagevermögens werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Anlagenabgänge erfolgen zu den vorgetragenen Restbuchwerten.

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig nach der linearen Methode und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die Bewertungsfreiheit analog § 6 Abs. 2 EStG für geringwertige Anlagegüter fand Anwendung.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der in der Bilanz zusammengefassten Positionen des Anlagevermögens sind aus dem folgenden Anlagennachweis ersichtlich.

Lese-Exemplar

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2025

Bitte löschen

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Stand 31.12.2024	Zugang U= Umbuchung	Abgang U= Umbuchung	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024	Ø Ab-schreibung	Ø Rest-buchwert
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	%	%
A. Sachanlagen				0,00								
I. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				0,00								
				0,00								
Einrichtung und Geschäftsausstattung	192.569,77	0,00	0,00	192.569,77	153.613,82	6.196,61	0,00	159.810,43	32.759,34	38.955,95	3,22	17,01
Summe Sachanlagen	192.569,77	0,00	0,00	192.569,77	153.613,82	6.196,61	0,00	159.810,43	32.759,34	38.955,95	3,22	17,01
Insgesamt	192.569,77	0,00	0,00	192.569,77	153.613,82	6.196,61	0,00	159.810,43	32.759,34	38.955,95	3,22	17,01

Lese-Exemplar

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert und ggf. wertberichtigt.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert bewertet.

Das Stammkapital entspricht der Festsetzung der Satzung und wurde vom Einrichtungsträger eingefordert.

Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Bilanz

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Zusammensetzung der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände ist dem folgenden Forderungsspiegel zu entnehmen:

		Gesamt	Davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	Davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren
		€	€	€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		2.003.599,22	962.274,95	620.730,01
Forderungen gegen den Einrichtungsträger	(Kommune)	493.377,08	0,00	0,00
Forderungen gegen Gebietskörperschaften	(Bund)	13.494,14	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände		105,76	0,00	0,00
Insgesamt		2.510.576,20	962.274,95	620.730,01

Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten wurde bei den Forderungen, die älter als 3 Jahre sind, eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 50 Prozent vorgenommen (T€ 571). Die Einzelwertberichtigung wurde bei den Verbindlichkeiten gegenüber Bund und Kommunen analog der entsprechenden Forderungsberichtigung vorgenommen.

Lese-Exemplar

Guthaben bei Kreditinstituten

Der Eigenbetrieb führt den Zahlungsverkehr auf einem eigenen Bankkonto.

Zusammensetzung des Bestandes zum 31. Dezember 2025:

	31.12.2025
- Kreissparkasse Kusel	419.801,76 €

Erläuterung zum Inhalt des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1.758.009,09 € beinhaltet die auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bereits im Dezember 2025 ausgezahlten Leistungen für Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft betreffend den Monat Januar 2026 sowie die Beamtenbesoldung für Januar 2026.

Eigenkapital

Das Eigenkapital zeigt im Wirtschaftsjahr 2025 folgende Entwicklung:

	Stand 01.01.2025	Zugang	Entnahme	Stand 31.12.2025
	€	€	€	€
Stammkapital	5.000,00	0,00	0,00	5.000,00
Allgemeine Rücklage	32.235,36	0,00	0,00	32.235,36
Gewinn-/ Verlustvortrag	39.034,83	-75.252,36	-36.217,53	0,00
Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)	-75.252,36	40.017,68	-75.252,36	40.017,68
Insgesamt	1.017,83	-35.234,68	-111.469,89	77.253,04

Lese-Exemplar

Das Jobcenter Landkreis Kusel erhält von Bund und Kommune ausreichende Mittelerstattungen, um die Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben sowie die Kosten der laufenden Verwaltung zu finanzieren. Verluste und Jahresfehlbeträge in der Schlussbilanz ergeben sich rein durch die kalkulatorische Bildung von Rückstellungen.

Der Jahresverlust 2024 wurde am 26.01.2026 vom Kreistag festgestellt und beschlossen, dass der Jahresverlust 2024 mit Blick auf die Eingliederung des Eigenbetriebes in die Kernverwaltung noch im Wirtschaftsjahr 2025 als Forderung aus Verlustvorträgen zu bilanzieren ist.

Erläuterung zu den Sonderposten

Der Sonderposten in Höhe von 32.759,34 € steht dem Sachanlagevermögen in identischer Höhe gegenüber. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt abschreibungssynchron.

Sonstige Rückstellungen

	Stand 01.01.2025	Zuführung	Entnahme Auflösung	Stand 31.12.2025
	€	€	€	€
Ansprüche aus Urlaubs- & Zeitkonten	398.189,51	12.748,91	66.721,81	344.216,61
Archivierungskosten	56.500,00	19.350,00	5.650,00	70.200,00
Interne Abschlusskosten (SB)	4.643,43	4.898,65	4.643,43	4.898,65
Prüfungskosten (Jahresabschluss)	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
Prüfungskosten (Bundesmittelabrechnung)	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
Insgesamt	469.332,94	46.997,56	87.015,24	429.315,26

Verbindlichkeiten

	Insgesamt	davon mit Laufzeit bis 1 Jahr	davon mit Laufzeit 1 bis 5 Jahre	davon mit Laufzeit mehr als 5 Jahre
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.525,96	8.525,96	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger	783.389,94	301.320,84	366.040,71	116.028,39
Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	1.296.603,10	195.667,24	596.234,24	504.701,62
Sonstige Verbindlichkeiten	33.270,75	33.270,75	0,00	0,00
Insgesamt	2.121.789,75	538.784,79	962.274,95	620.730,01

Eine Besicherung der Verbindlichkeiten durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte erfolgte nicht.

Lese-Exemplar

Erläuterung zum Inhalt des passiven Rechnungsabgrenzungspostens

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 2.060.029,00 € beinhaltet Abschlagszahlungen, die von Bund und Kommune im Voraus für die durch das Jobcenter im Januar 2026 zu erbringenden Zahlungen geleistet wurden.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse (inkl. Sonstige betriebliche Erträge)

Leistungen nach SGB II		**28.886.539,38 €**
Mittelforderung Leistungsbereich (Bund)	18.796.103,72 €	
Mittelforderung Leistungbereich (Leistungsempf.)	63.004,05 €	
Erstattung Kosten der Unterkunft (Kommune)	10.015.131,04 €	
Rückerstattung Kosten der Unterkunft (Leistungsempf.)	4.973,61 €	
Erstattung Bildung und Teilhabe (Leistungsempf.)	7.326,96 €	
Klassische Eingliederungsleistungen		**2.216.006,86 €**
Erstattung klassische Eingliederungsleistungen (Bund)	2.178.334,54 €	
Erstattung Eingliederungsleistungen (Leistungsempf.)	4.140,08 €	
Erstattung Beschäftigungszuschüsse (Bund)	33.532,24 €	
Verwaltungskostenerstattung		**5.072.260,64 €**
Personalkostenerstattung (Bund)	4.318.458,22 €	
Personalkostenerstattung (Kommune)	669.076,00 €	
Kostenbeiträge Beihilfe (Wahlleistungen&Erstattungen)	936,00 €	
Sachkostenerstattung (Kommune)	83.790,42 €	
Sonstiges		**1.052.351,73 €**
Sonstige betriebliche Erträge (verm. Einnahmen, Mahngeb. etc)	-18.636,25 €	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	6.196,61 €	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	87.015,24 €	
Erträge aus Pauschalwertberichtigung auf Forderungen	689.644,29 €	
Aufhebung niedergeschlagene Forderungen	288,131,84 €	
	Gesamtsumme:	**37.227.158,61 €**

Lese-Exemplar

Personalaufwand

Löhne und Gehälter

Zusammensetzung:

	2025
	€
Tariflich Beschäftigte	2.995.747,25
Besoldung Beamte	256.943,73
	3.252.690,98

Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

Zusammensetzung:

	2025
	€
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	645.445,70
Beiträge Zusatzversorgungskasse	236.055,04
Beiträge zu Versorgungskassen	64.214,74
Beihilfen	15.665,09
Pauschalsteuer	3.291,43
	964.672,00

Lese-Exemplar

Im Berichtsjahr waren zum Stichtag 31.12.2025 75 Mitarbeiter (70 tariflich Beschäftigte und 5 Beamte) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl betrug 76,25.
Im Vorjahr wurden zum 31.12.2024 77 Mitarbeiter (72 tariflich Beschäftigte und 5 Beamte) beschäftigt, die durchschnittliche Mitarbeiterzahl lag bei 75,75.

Die Arbeitnehmer des Eigenbetriebs Jobcenter Landkreis Kusel sind bei der Bayerischen Versorgungskammer in München versichert. Es bestehen Versorgungszusagen, die den versicherten Arbeitnehmern eine zusätzliche Altersversorgung gewährleisten. Der Umlagesatz in 2025 betrug 7,75 % der Bruttolohnsumme. Aufgrund der Auskunft der Bayerischen Versorgungskammer ist eine Änderung des Umlagesatzes im Jahre 2025 nicht erfolgt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Leistungen nach SGB II		**29.056.835,87 €**
Bürgergeld (passive Bundesleistungen)	19.672.811,91 €	
Verbindlichkeit analog Forderungen BürgG (Bund)	-741.413,46 €	
Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kommune)	10.111.520,38 €	
Verbindlichkeit analog Forderungen KdU (Kommune)	-421.856,56 €	
Leistungen für Bildung und Teilhabe	435.773,60 €	
Klassische Eingliederungsleistungen		**2.228.355,74 €**
Eingliederungszuschüsse	98.922,97 €	
Bildungsmaßnahmen und Vermittlungsgutscheine	1.548.225,14 €	
Vermittlungsbudget	85.593,72 €	
Förderung der beruflichen Weiterbildung	66.478,55 €	
Arbeitsgelegenheiten	282.718,70 €	
Beschäftigungszuschüsse	146.416,66 €	
Verwaltungskosten		**921.039,22 €**
Raumkosten	384.348,00 €	
Fuhrpark	9.845,83 €	
Dienstleistungen	179.176,62 €	
Fortbildung	31.381,52 €	
Sonstige Verwaltungskosten	316.287,25 €	
Sonstige		**755.966,52 €**
Pauschalwertberichtigung auf Verbindl. analog Forderungen L+L	689.644,29 €	
Einzelwertberichtigungen aus Niederschlagung FE	65.481,78 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	840,45 €	
	Gesamtsumme:	**32.962.197,35 €**

E. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen zum Bilanzstichtag aus Leasing und Mieten bestehen mit 485.576,79 €.

Haftungsverhältnisse entsprechend § 251 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Lese-Exemplar

Organe

Organe des Eigenbetriebes sind die Werkleitung, der Werkausschuss und der Beirat.

Im Jahr 2025 war Herr Peter Simon zum Werkleiter bestellt.

Werkausschuss bestand aus den folgenden Personen:

Mitglieder:

Herr Otto Rubly (Vors.)	Landrat bis 18.10.2025
Herr Johannes Huber (Vors.)	Landrat ab 18.10.2025
Herr Sven Eckert	Berufssoldat
Herr Jonas Kopp	Unternehmensberater
Frau Maria Rubly	Fachagrarwirtin
Frau Pia Bockhorn-Tüzün	Sozialpsychologische Beraterin
Herr Dieter Schnitzer	Bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger
Herr Karl Kreutzer	Elektromaschinenbaumeister
Herr Uwe Lambrecht	Reifenwickler
Herr Thomas Korn	Maßnahmenkoordinator
Herr Klaus Jung	Bürgermeister a.D.
Herr Michael Rothenbücher	Dipl. Sozialpädagoge
Frau Katharina Huber	Verwaltungsangestellte
Herr Jochen Mayer	Verwaltungsangestellter
Herr Peter Denzer	Kommunalbeamter
Frau Stefanie Guth	Verwaltungsangestellte

Vertreter:

Isabel Steinhauer-Theis	Diplom-Betriebswirtin
Markus Arnold	Verwaltungsangestellter
Thomas Wolf *(bis 28.02.25)*	Elektrotechniker
Sebastian Borger *(ab 04.06.25)*	Richter
Julia Müller-Schleppi	Volljuristin
Jürgen Kreischer	Diplom-Volkswirt
Andrea Lattmann	Securitiy-Mitarbeiterin
Marco Staudt	Stuckateurmeister
Michael Heß	Verwaltungsangestellter
Helge Schwab	MdL
Christine Fauß	Fachwirtin Tourismus
Heiko Denzer	Verwaltungsangestellter
Viktoria Walter	Kommunalbeamtin
Dirk Brechter	Verwaltungsangestellter
Marcel Lichtenberger	Verwaltungsangestellter

Im Jahr 2025 wurden Sitzungsgelder in Höhe von 0,00 € an die Mitglieder des Werkausschusses gezahlt.

Lese-Exemplar

Mitglieder des örtlichen Beirates 2025 sind:
Vorsitzender: Herr Dekan Lars Stetzenbach

	Name	Institution
Frau	Christa Kuhn	Katholisches Dekanat
Frau	Beate Schmitt	Caritasverband für die Diözese Speyer
Herr	André Morio	Kreishandwerkerschaft
Herr	Thorsten Requadt	Handwerkskammer der Pfalz
Frau	Katja Wittke	Haus der Diakonie
Herr	Marcel Divivier-Schulz	Deutscher Gewerkschaftsbund
Herr	Dekan Lars Stetzenbach	Protestantische Kirchengemeinde
Herr	Veronika Pommer	IHK für die Pfalz
Herr	Peter Weißler	Agentur für Arbeit
Herr	Otto Rubly	Landkreis Kusel

Auf die Angabe der Bezüge der Werkleitung wird mit Verweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
Das vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar für die Abschlussprüferleistungen inkl. Vorjahr betrug 8.506,72 € (brutto) und andere Bestätigungsleistungen (inkl. Vorjahr) betrug 3.570,00 € (brutto), Steuerberatungsleistungen, sowie sonstige Leistungen wurden nicht erbracht.

Lese-Exemplar

F. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Ab dem Jahr 2026 wird der kommunale Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ in die Kernverwaltung der Kreisverwaltung Kusel integriert werden.
Damit wird der Empfehlung des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2018 Rechnung getragen, nach der die Organisationsform des Jobcenters überprüft werden sollte. Im Nachgang zu dieser Überprüfung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 04.06.2025 beschlossen, den Eigenbetrieb zum 31.12.2025 aufzulösen und zum 01.01.2026 in die Kernverwaltung zu integrieren.

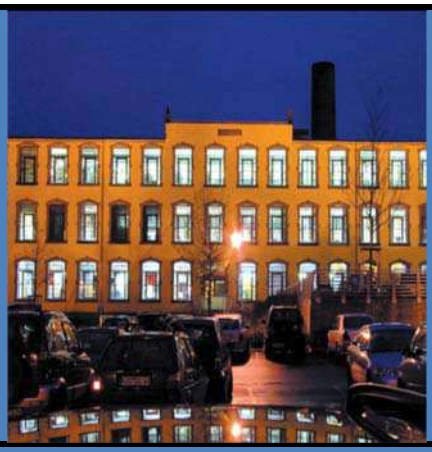
G. Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung sieht vor, den Jahresgewinn im Zuge der Eingliederung in die Kernverwaltung mit der bestehenden Forderung aus Verlustvorträgen zu verrechnen.

Kusel, den 20.07.2026

Johannes Huber
Landrat

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2025



Jobcenter Landkreis Kusel



Lese-Exemplar

Anlage 4

Gliederung

Aufgaben des Eigenbetriebes	2
Analyse der Ertragslage	2
Kapitalflussrechnung	4
Investitionen	4
Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	5
Voraussichtliche Entwicklung	5
Zweigniederlassungen	6

Lese-Exemplar

Aufgaben des Eigenbetriebes

Das Jobcenter Landkreis Kusel wird als Eigenbetrieb entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz geführt. Es ist somit ein kommunaler Eigenbetrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 14.12.2011 für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ eine Satzung erlassen, die mit Wirkung zum 01.01.2012 in Kraft trat.

Der Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ wurde errichtet, um die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) im Rahmen der zugelassenen kommunalen Trägerschaft gemäß § 6a SGB II wahrzunehmen.

Die Aufgabenwahrnehmung erstreckt sich hauptsächlich auf die Leistungsgewährung im Bereich des SGB II. Hierbei handelt es sich vorranging um die Erbringung von Bürgergeld, Kosten der Unterkunft sowie Leistungen für Bildung und Teilhabe.
Hinzu kommt die Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt im Sinne des SGB III. Diese umfassen im Wesentlichen die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen, Förderungen der beruflichen Weiterbildung und die Erstattung von Leistungen aus dem Vermittlungsbudget (Bewerbungskostenerstattung u.ä.).

Das Jobcenter Landkreis Kusel unterhält zur bürgernahen Ausführung seiner Aufgaben 3 Standorte im Landkreis. In den Außenstellen Lauterecken und Waldmohr sind die Referate Markt & Integration und Leistung vertreten. In der Hauptgeschäftsstelle Kusel befinden sich neben den vorgenannten Referaten die Geschäftsführung, das Referat Rechtsprechung SGB II (Kreisrechtsausschuss) sowie das Referat Finanzen/Haushalt.

Ab dem Jahr 2026 wird der kommunale Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ in die Kernverwaltung der Kreisverwaltung Kusel integriert werden.
Damit wird der Empfehlung des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2018 Rechnung getragen, nach der die Organisationsform des Jobcenters überprüft werden sollte. Im Nachgang zu dieser Überprüfung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 04.06.2025 beschlossen, den Eigenbetrieb zum 31.12.2025 aufzulösen und zum 01.01.2026 in die Kernverwaltung zu integrieren.

Analyse der Ertragslage

Der Kreistag des Landkreises Kusel hat in seiner Sitzung am 12.03.2025 aufgrund des § 15 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz (EigAnVO) vom 05. Oktober 1999 (GVBl. S. 373) und des § 11 der Betriebssatzung des Eigenbetriebes „Jobcenter Landkreis Kusel“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 beschlossen.

Der Erfolgsplan des Eigenbetriebes weist im Jahr 2025 in Erträgen und Aufwendungen ein Volumen von 36.623.089,23 € auf, der Vermögensplan mit Finanzierungsmitteln und Finanzierungsbedarf ein Volumen von 5.000,00 €.

Im Jahresabschluss schließt das Wirtschaftsjahr 2025 mit einem Jahresgewinn von 40.017,68 €.

Da das Jobcenter Landkreis Kusel lediglich die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) wahrnimmt und hierfür die entsprechende Mittelerstattung erhält, ist eine Gewinnerzielungsabsicht nicht gegeben.

Lese-Exemplar

Der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn resultiert aus den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Rückstellungen, die für Urlaub, Überstunden, Abschluss- und Prüfungskosten sowie die Archive zu bilden sind. Der Gewinn ist somit als rein kalkulatorisch anzusehen.

Planungsgrundlage in den Teilhaushalten „Eingliederungsleistungen“ und „Verwaltungskosten“ bilden die Ende 2024 durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) veröffentlichten Prognosewerte der durch den Bund zugeteilten Budgets. Der Teilhaushalt der „passiven Leistungen“ wurde auf Grundlage der Vorjahresausgaben unter Berücksichtigung der neuen Regelsätze geplant.

Die im Laufe des Jahres 2025 erhaltenen Mittelerstattungen, von Bund und Kommune im Rahmen der jeweiligen Trägerschaft für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, orientierten sich jeweils an den IST-Ausgaben im laufenden Wirtschaftsjahr.
Im Bereich der passiven Leistungen (Bürgergeld, Kosten der Unterkunft, Leistungen für Bildung und Teilhabe etc.) handelt es sich um ein sogenanntes Soll-Ist-Budget. Dies bedeutet, dass die nachgewiesenen Kosten in voller Höhe vom zuständigen Träger an den Eigenbetrieb zu erstatten sind. Den gegenüber dem Wirtschaftsplan geringeren Aufwendungen für die passiven Leistungen (Kosten für Unterkunft und Heizung und Leistungen für Bildung und Teilhabe) stehen, mit Ausnahme der gebildeten Rückstellungen, Erträge in identischer Höhe gegenüber.

Die Teilhaushalte „Eingliederungsleistungen“ und „Verwaltungskosten“ werden ebenfalls in voller Höhe entsprechend der nachgewiesenen IST-Ausgaben erstattet. Hier bildet das durch die Eingliederungsmittelverordnung für das Jahr 2025 bekanntgegebene Gesamtbudget jedoch die Höchstgrenze der Ausgaben.
Die Wirtschaftsplanung erfolgt jährlich auf Grundlage der im Voraus bekanntgegebenen voraussichtlichen Mittelzuteilungen, die in der Regel von der später verkündeten Eingliederungsmittelverordnung nicht wesentlich abweichen.

Auf das Verwaltungskostenbudget entfällt, wie auch in den Vorjahren, zusätzlich der kommunale Finanzierungsanteil i. H. v. 15,2 Prozent der Gesamtverwaltungskosten.

Im Rahmen der Bundeshaushaltsordnung besteht zwischen den Teilhaushalten „Eingliederungsleistungen“ und „Verwaltungskosten“ eine gegenseitige Deckungsfähigkeit. Da die Mittelausstattung im Bereich der Verwaltungskosten in der Regel nicht ausreicht, um alle anfallenden Ausgaben zu decken, wurde im Jahr 2025 eine Mittelumschichtung in Höhe von 490.000,00 € aus dem Eingliederungsbudget zu den Verwaltungskosten geplant. Zum Ende des Jahres mussten hiervon tatsächlich nur 480.000,00 € zur Umschichtung herangezogen werden, wodurch ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 10.000,00 € zur Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit verwandt werden konnte.

Auf Grund der unterschiedlichen Abrechnungssystematik in den jeweiligen Teilhaushalten war es erforderlich, unterjährig Zahlungen bis zum Zufluss der Mittelerstattung durch einen Kassenkredit zwischen zu finanzieren. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf insgesamt 1.383,99 €.

Lese-Exemplar

Kapitalflussrechnung

	2024	2025
	T€	T€
Jahresergebnis	-75	+40
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-)		
auf Gegenstände des Anlagevermögens	+11	+6
Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens	-11	-6
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	+75	-40
Gewinn / Verlust aus dem Abgang im Anlagevermögen	0	0
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus		
Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	+188	+493
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen		
und Leistungen sowie anderer Passiva	+252	-802
Zinsaufwendungen (+) / Zinsertrag (-)	+3	+1
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+443	-308
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5	0
Erhaltene Zinsen (+)	0	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5	0
Einzahlungen (+) zur Finanzierung der Investitionen	+5	0
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	+36
Gezahlte Zinsen (-)	-3	-1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+2	+35
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+440	-273
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+253	+693
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+693	+420

Lese-Exemplar

Das Jobcenter konnte im Berichtsjahr jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2025 wurden durch das Jobcenter Landkreis Kusel keine Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung getätigt.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der lokale Arbeitsmarkt zeigte sich zu Beginn des Jahres 2025 schwächer. Der Bestand der gemeldeten Arbeitsstellen ist im Vorjahresvergleich um 19,4% gesunken. Im Dezember 2025 waren 411 Arbeitsstellen gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind dies 122 Stellen weniger (21,5%). Von Januar bis Dezember 2025 konnten 940 Stellenabgänge verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dies eine Abnahme von 245 Stellen oder 35,3%.

Die Arbeitslosenquote im Landkreis Kusel hat sich im Jahr 2025 als stabil erwiesen. Im Jahresvergleich lag die Quote bei 5,1%. Getrennt nach Rechtskreisen war eine ähnliche Entwicklung zu erkennen. Im Rechtskreis SGB III lag die Quote Anfang 2025 bei 2,9%. Eine Frühjahrsbelebung war nur bedingt zu verzeichnen. Der saisonale Anstieg beim Übergang Ausbildung zu Beruf fiel eher gering aus. Zum Jahresende lag die Quote leicht sinkend bei 2,7%. Im Rechtskreis SGB II lag die Quote im Januar bei 2,4% und im Dezember 2025 leicht sinkend bei 2,3%.

Die Langzeitarbeitslosenquote im Jahr 2025 lag bei 63,6%.

Es zeichnet sich ein Anteil an Arbeitslosen ab, der nur sehr schwierig dem Arbeitsmarkt wieder zurückgeführt werden kann.

Im Jahresdurchschnitt lag der Anteil der Arbeitslosen im SGB II-Bereich weiterhin unter der Quote des SGB III.

Bei den Leistungsbeziehern nahmen den größten Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlich knapp 60% die 1 Personen Bedarfsgemeinschaften ein. Mit rund 20% sind die 2 Personen Bedarfsgemeinschaften vertreten.
Die restlichen ca. 20% verteilten sich auf Bedarfsgemeinschaften mit 3 und mehr Personen.

Das Jobcenter konnte auch im Jahr 2025 rund 420 Maßnahmeplätze zur Verfügung stellen. Die Besetzungsquote lag durchschnittlich bei 95%.

Lese-Exemplar

Voraussichtliche Entwicklung

Auch das Jahr 2026 stellt das Jobcenter Landkreis Kusel vor weitere Herausforderungen. Neben den weiterhin anhaltenden Konflikten im Nahen Osten und der Ukraine wird die Sozialstaatsreform Auswirkungen auf die künftige Entwicklung haben.

Die Auflösung des Eigenbetriebs zum 01.01.2026 und die Implementierung der jeweiligen Fachbereiche und Referate in die Organisationsstruktur der Kernverwaltung stellt ebenfalls eine Herausforderung dar.
Der Bereich der Arbeitsmarktförderung wird künftig als Stabstelle enger mit der Wirtschaftsförderung verknüpft, wodurch Synergieeffekte entstehen, die die Integrationserfolge steigern sollen.
Durch die Eingliederung des Bereichs der Leistungsgewährung in das Referat 40 - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erfolgt eine Zusammenführung der Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Bafög, Asylbewerberleistungen u. ä. Hierbei wird dem Gedanken der Bundesregierung vorgegriffen, Sozialleistungen künftig zu bündeln und die Leistungserbringung damit effektiver zu gestalten.

Die Arbeit des Jobcenters wird weiterhin auf die Ziele:

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit der Leistungsbezieher
- Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

ausgerichtet sein.

Bei der Zielwertdefinition für das Jahr 2026 hat das Jobcenter Landkreis Kusel daher eine differenzierende Betrachtung des gesamten Kundenbestandes vorgenommen. Voraussetzung zur Zielerreichung ist eine Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Derzeit wird von einer Steigerung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern (3,0%) ausgegangen. Dies kann als realistisch betrachtet werden.
Bei der Integrationsquote sieht die Zielvorgabe eine Steigerung von 4,1 % vor. Die Prognosen des IAB gehen für 2026 von einer stagnierenden bis leicht sinkenden Beschäftigung aus. Eine konjunkturelle Belebung wird für 2026 nur im geringen Umfang prognostiziert.

Schwierig ist es zurzeit, strategische Schwerpunkte auf Zielgruppen zu lenken. Die nicht abschätzbaren, konjunkturellen Entwicklungen stellen das Jobcenter insgesamt vor komplexe Herausforderungen, die es auch in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt.

Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen sind nicht vorhanden. Es werden lediglich zwei Außenstellen in Lauterecken und Waldmohr unterhalten.

Kusel, den 20.07.2026

Johannes Huber
Landrat

Lese-Exemplar

Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

–	Firma:	Jobcenter Landkreis Kusel
–	Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Kusel
–	Sitz:	Kusel
–	Anschrift:	66869 Kusel, Fritz-Wunderlich-Straße 49 b
–	Gründung:	Die Errichtung des Eigenbetriebs zum 1. Januar 2012 wurde vom Kreistag des Landkreises Kusel in seiner Sitzung vom 26. Oktober 2011 beschlossen.
–	Satzung:	Die Betriebssatzung datiert vom 14. Dezember 2011.
–	Wirtschaftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
–	Stammkapital:	EUR 5.000,00
–	Wirtschaftsjahr:	Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.
–	Gesellschaftsform:	Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der EigAnVO sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Ab dem 1. Januar 2026 wird der kommunale Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ in die Kernverwaltung der Kreisverwaltung Kusel integriert werden. Damit wird der Empfehlung des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2018 Rechnung getragen, nach der die Organisationsform des Jobcenters überprüft werden sollte. Im Nachgang zu dieser Überprüfung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 4. Juni 2025 beschlossen, den Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2025 aufzulösen und zum 1. Januar 2026 in die Kernverwaltung zu integrieren.
–	Organe:	Die Organe des Eigenbetriebs sind der Kreistag, der Werkausschuss, der Landrat und die Werkleitung (der Werkleiter trägt die Bezeichnung Geschäftsführer).
	Kreistag:	Gemäß § 5 der Satzung beschließt der Kreistag über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Landkreisordnung (LKO) und die Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) für Rheinland-Pfalz vorbehalten sind und die nicht übertragen werden können.
	Landrat:	Der Landrat des Landkreises Kusel ist gemäß § 7 der Satzung Dienstvorgesetzter der Bediensteten, die beim Eigenbetrieb beschäftigt sind, sowie Vorgesetzter der Werkleitung.

Lese-Exemplar

Der Landrat kann der Werkleitung Einzelanweisungen erteilen, wenn sie zur Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit wichtiger Belange des Landkreises, der Einheit der Verwaltung oder zur Wahrung der Grundsätze eines geordneten Geschäftsganges notwendig sind.

Werkleitung: Die Werkleitung leitet den Eigenbetrieb in eigener Verantwortung im Rahmen ihrer Zuständigkeit, führt die Beschlüsse der Beschlussorgane aus, vertritt den Eigenbetrieb im Rechtsverkehr und unterrichtet den Landrat und den Werkausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs. Der Werkleiter trägt die Bezeichnung „Geschäftsführer“.

Beirat: Nach § 14 der Satzung ist ein Beirat im Sinne des SGB II gebildet. Er besteht aus bis zu 12 Mitgliedern und ist ausschließlich in beratender Funktion für die Werkleitung tätig.

Steuerliche Verhältnisse: Der Eigenbetrieb dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO und ist daher gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit. Das Jobcenter erbringt keine steuerbaren und steuerpflichtigen Lieferungen und Leistungen gegen Entgelt und unterliegt somit nicht der Umsatzsteuer.

Lese-Exemplar

Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 89 Abs. 3 GemO

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Das Jobcenter wird als Eigenbetrieb geführt. Die Zuständigkeiten der Organe Kreistag, Werkausschuss, Landrat und Werkleitung sind durch die satzungsmäßigen Bestimmungen in der Betriebssatzung geregelt.

Seit dem 1. Juli 2020 ist Herr Peter Simon zum Geschäftsführer bestellt. Mit Beschluss des Kreistages wurde Herr Steffen Buschauer zum stellvertretenden Geschäftsführer im Verhinderungsfall bestellt. Die Befugnisse der Werkleitung sind in der Satzung vom 14. Dezember 2011 geregelt.

Die Satzung ist nach unseren im Rahmen der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen zweckmäßig geregelt und für eine effiziente und flexible Unternehmensführung geeignet.

Darüber hinaus gibt es keine schriftlichen Weisungen von Kreistag und Werkausschuss zur Organisation für die Werkleitung.

Die Zuständigkeitenregelungen zwischen Kreistag, Werkausschuss, Landrat und Werkleitung entsprechen den Erfordernissen einer beweglichen Geschäftsleitung. Es ist gewährleistet, dass Geschäfte von besonderer Bedeutung durch den Kreistag beraten und entschieden werden.

Ab dem 1. Januar 2026 wird der kommunale Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ in die Kernverwaltung der Kreisverwaltung Kusel integriert.

Damit wird der Empfehlung des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2018 Rechnung getragen, nach der die Organisationsform des Jobcenters überprüft werden sollte. Im Nachgang zu dieser Überprüfung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 4. Juni 2025 beschlossen, den Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2025 aufzulösen und zum 1. Januar 2026 in die Kernverwaltung zu integrieren.

Lese-Exemplar

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden drei Sitzungen des Kreistages, in denen er sich mit Angelegenheiten des Jobcenter befasste, und zwei Sitzungen des Werkausschusses statt. Die Tätigkeiten des Werkausschusses und des Kreistages richteten sich nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften für die Verfassung und Verwaltung des Eigenbetriebes. Über die Sitzungen wurden aussagekräftige Niederschriften erstellt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Auskunftsgemäß war die Werkleitung (Geschäftsführer) seit 2021 im Aufsichtsrat der Volksbank Glan-Münchweiler eG i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses / Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Auf die Angabe der Bezüge der Werkleitung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Im Jahr 2025 wurden keine Sitzungsgelder an die Mitglieder des Werkausschusses gezahlt.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten / Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Für den Eigenbetrieb liegt ein Organisationsplan vor. Zusätzlich liegt ein Geschäftsverteilungsplan der Kreisverwaltung vor, aus dem die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten hervorgehen. Der Organisationsplan wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Ein Organigramm liegt vor.

Lese-Exemplar

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nach den im Rahmen der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es wurden keine besonderen und detaillierten Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert, die über die in der Satzung und im Organisationsplan sowie dem Verwaltungs- und Kontrollsystem vorgeschriebene Trennung von Funktionen und Zuständigkeiten hinausgehen. Im Bereich des Eigenbetriebs wird das Vier-Augen-Prinzip angewandt. In unregelmäßigen Abständen wird seitens der Werkleitung auf die Einhaltung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften hingewiesen.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Für Auftragsvergaben und -abwicklung werden nach Angaben der Verwaltung die Vorschriften der VOB / VOL beachtet und eingehalten.

Entscheidungsprozesse im Bereich Personalwesen sind durch das Tarif- sowie das Beamtenrecht wesentlich beeinflusst.

Eine Kreditaufnahme erfolgt nur im Rahmen des beschlossenen Wirtschaftsplans.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Alle wichtigen Verträge sind ausreichend dokumentiert und aufbewahrt.

Die Arbeitsverträge liegen in der für Personalangelegenheiten zuständigen Abteilung der Kreisverwaltung Kusel vor.

Lese-Exemplar

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Die Werkleitung (Geschäftsführer) erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der mit dem Haushaltsplan der Kreisverwaltung Kusel abgestimmt ist und einen Erfolgsplan, einen Vermögensplan, einen Finanzplan und eine Stellenübersicht umfasst. Die Pläne sind für ein Jahr erstellt.

Im Wirtschaftsplan ist kein gesonderter Investitionsplan enthalten, da Investitionen vorerst nicht durchgeführt werden sollen.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Die Verwaltung des Eigenbetriebes betreibt eine laufende Kontrolle der Planansätze. Eine Gegenüberstellung des Planansatzes mit dem tatsächlichen Ergebnis des Erfolgsplans und des Vermögensplans erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses. Ein Zwischenbericht wurde 2025 erstellt.

Die beim Eigenbetrieb installierte Software bietet die Grundlage für eine ständige, systematische Kontrolle von Planabweichungen.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Eigenbetriebes. Eine Kostenrechnung wird zurzeit nicht durchgeführt.

Die Zugangsberechtigungen der Mitarbeiter zur eingesetzten EDV sind mittels Passwort beschränkt. Jeder Mitarbeiter hat die Möglichkeit, die für ihn freigegebenen Programme zu nutzen. Eine schriftliche Dokumentation der Verfahren von der Kreisverwaltung Kusel liegt vor. Die Richtlinien gelten auch für den Eigenbetrieb.

Ein Anlagennachweis, aus dem die mengen- und wertmäßige Fortschreibung des Anlagevermögens ersichtlich ist, wurde erstellt.

Der Kontenrahmen und der Kontenplan sind so gestaltet, dass sichergestellt ist, dass die anfallenden Geschäftsvorfälle systematisch nach einheitlichen Kriterien verarbeitet werden.

Die im Berichtsjahr angetroffene Ausgestaltung des Rechnungswesens genügt den Anforderungen des Eigenbetriebes.

Lese-Exemplar

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Geldgeschäfte des Eigenbetriebs werden in eigener Regie geführt. Bei der Prüfung wurde der Eindruck gewonnen, dass ein funktionierendes Finanzmanagement besteht, welches eine laufende Liquiditätskontrolle gewährleistet. Der Stand des Kontos wird regelmäßig überwacht, wodurch eine laufende Liquiditätskontrolle gewährleistet ist. Eine Abstimmung mit den erwarteten Ein- und Auszahlungen erfolgt regelmäßig.

Nicht benötigte Mittel werden mit den Trägern Bund und Kommune verrechnet bzw. zurückerstattet.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Entgelte werden nach unseren Feststellungen vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt und eingezogen. Die angeforderten Abschlagszahlungen sind angemessen.

Die Debitorenbuchhaltung wird durch den Eigenbetrieb geführt.

Das Mahnwesen ist im Verwaltungs- und Kontrollsystem geregelt und zurzeit noch nicht automatisiert. Mahnsperren, welche die Forderungen aus den regelmäßigen Mahnläufen herausnehmen, werden nur mit schriftlicher Zustimmung der Werkleitung vergeben. Nach einer erfolglosen Mahnung wird die Vollstreckung eingeleitet.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens / Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens- / Konzernbereiche?

Ein eigenständiges Controlling im Sinne einer umfassenden Koordination von Planung, Finanzierung, Risikofrüherkennung, Organisation, Rechnungswesen und Kontrolle besteht nicht und ist aufgrund der Größe des Eigenbetriebes und dem Umfang der anfallenden Geschäftsvorfälle auch nicht erforderlich.

Die erforderlichen Koordinationsaufgaben zwischen den einzelnen Führungsteilbereichen werden von der Werkleitung vorgenommen.

Lese-Exemplar

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und / oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Der Eigenbetrieb hält keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

4. Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts- / Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Es existiert ein Verwaltungs- und Kontrollsystem, welches für das Jobcenter Risiken definiert und die organisatorischen Regelungen zur Risikofrüherkennung darstellt.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Nach unserer Einschätzung sind die getroffenen Maßnahmen ausreichend, um bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig zu erkennen und risikomindernde Maßnahmen einzuleiten.

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Auskunftsgemäß wird die Beachtung der Frühwarnsignale und die Durchführung der dokumentierten Maßnahmen durch die Werkleitung in regelmäßigen Zeitabständen überwacht.

Das Risikofrüherkennungssystem einschließlich der Frühwarnsignale und der ergriffenen Maßnahmen ist für die Größe des Eigenbetriebs in ausreichendem Maße schriftlich dokumentiert.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Auf Grund der gleichbleibenden, d. h. im Zeitverlauf unveränderten Geschäftstätigkeit, unterliegen auch die Risiken, die sich auf diese Tätigkeiten beziehen, keinen wesentlichen Änderungen. Soweit Änderungen der betrieblichen Abläufe eintreten, die Risiken begründen oder verändern, werden diese nach Angaben der Werkleitung bei der Festlegung einzelfallbezogener Arbeitsanweisungen berücksichtigt.

Lese-Exemplar

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr keine derartigen Geschäfte getätigt. Daher wird dieser Fragenkreis nicht dargestellt und beantwortet.

6. Interne Revision

Auskunftsgemäß werden die Aufgaben der internen Revision von der Werkleitung durchgeführt, welche die angefallenen Geschäftsvorfälle hinsichtlich der Einhaltung der Planansätze überprüft und wesentlichen Abweichungen nachgeht.

Aufgrund der Größe des Eigenbetriebes und des Umfangs der anfallenden Geschäftsvorfälle besteht keine interne Revision als eigenständige Stelle. Die getroffenen Maßnahmen sind nach unserer Einschätzung ausreichend.

Externe Prüfungen werden durch den Bundesrechnungshof und das Rechnungsprüfungsamt durchgeführt.

Aus diesem Grund entfällt eine Beantwortung der weiteren Fragen zu diesem Fragenkreis.

7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite an den Geschäftsführer oder an Mitglieder des Werkausschusses oder Beirates gewährt.

Lese-Exemplar

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben sich hierfür keine Anhaltspunkte ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Wir weisen darauf hin, dass der Wirtschaftsplan 2025 entgegen den Regelungen des § 15 Abs. 1 EigAnVO nicht vor Beginn des Wirtschaftsjahres aufgestellt wurde. Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass der Jahresabschluss 2024 nicht innerhalb der von § 27 Abs. 2 EigAnVO bestimmten Frist festgestellt wurde. Ebenso wurde der Jahresabschluss 2025 nicht gemäß § 27 Abs. 1 EigAnVO innerhalb der ersten sechs Monate des Folgejahres aufgestellt.

8. Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität / Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Bevor eine Investition im Wirtschaftsplan aufgenommen wird, erfolgt eine detaillierte Planung der zeitlichen Abläufe; die Finanzierbarkeit und die Risiken werden überprüft.

Aufgrund der regelmäßigen Vergaben nach VOB / VOL erfolgt in der Regel vor Durchführung der Maßnahme zwingend eine angemessene Planung.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen / Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Im Berichtsjahr haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Unterlagen zur Preisermittlung benötigt wurden.

Lese-Exemplar

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Überwachung der laufenden Investitionen erfolgt sowohl im technischen Bereich als auch im kaufmännischen Bereich.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt. Vor der Auftragsvergabe werden grundsätzlich Vergleichsangebote eingeholt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es bestehen neben zwei Kfz-Leasingverträgen weitere Leasingverträge für die Bildschirmarbeitsplätze und die Kopierer sowie die Telefonanlage. Anhaltspunkte, dass diese Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden, bestehen nicht.

9. Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, werden grundsätzlich Konkurrenzangebote eingeholt.

Lese-Exemplar

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Der Werkausschuss wurde regelmäßig über den Gang der Geschäfte unterrichtet. Er hat die ihm obliegenden Entscheidungen beschlossen sowie die Beschlüsse, für die der Kreistag zuständig ist, beraten und für die Beschlussfassung vorbereitet.

Die Geschäftsführung hat den Landrat und den Werkausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes rechtzeitig unterrichtet. Sie hat den Entwurf des Wirtschaftsplanes vorgelegt. An den Sitzungen des Werkausschusses hat der Werkleiter teilgenommen und seine Ansicht zu den Beratungsgegenständen dargelegt. Er hat dem Landrat und dem Werkausschuss auf Verlangen Auskunft erteilt und soweit notwendig, dessen Entscheidungen eingeholt.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens / Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens- / Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Der Werkausschuss wird nach unseren Feststellungen in den Sitzungen zeitnah über die wesentlichen Vorgänge unterrichtet.

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle bzw. erkennbare Fehldispositionen bzw. wesentliche Unterlassungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts- / Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Angesichts der Größe des Eigenbetriebes werden derartige Wünsche in den Sitzungen des Werkausschusses in aller Regel formlos geäußert und von der Werkleitung direkt beantwortet. Eine Protokollierung erfolgt nur in Ausnahmefällen. Ausweislich der uns vorliegenden Protokolle wurden keine derartigen Wünsche geäußert.

Lese-Exemplar

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ergaben sich hierfür keine Anhaltspunkte.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung (auch Organhaftpflichtversicherung oder Managerhaftpflichtversicherung) besteht nicht.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Es wurden keine Interessenkonflikte der Mitglieder des Werkausschusses und der Geschäftsführung gemeldet.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ergaben sich hierfür keine Hinweise.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ergaben sich hierfür keine Hinweise.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ergaben sich hierfür keine Anhaltspunkte.

Lese-Exemplar

12. Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Im Berichtsjahr wurde gemäß § 11 Abs. 8 EigAnVO für den ausgabewirksamen Verlust aus Vorjahren eine Forderung gegen den Einrichtungsträger bilanziert. Der Jahresverlust 2024 wurde am 26. Januar 2026 vom Kreistag festgestellt und beschlossen, dass der Jahresverlust 2024 mit Blick auf die Eingliederung des Eigenbetriebes in die Kernverwaltung noch im Wirtschaftsjahr 2025 als Forderung aus Verlustvorträgen zu bilanzieren ist.

Der Finanzierungsbedarf wird über Erstattungen des Bundes, des Landkreises, der Gemeinden und bei Bedarf über Kassenkredite aufgebracht.

Es bestehen keine Investitionsverpflichtungen zum Bilanzstichtag.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Der Eigenbetrieb gehört keinem Konzern an.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz- / Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr keine Finanz- / Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Lese-Exemplar

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Das Eigenkapital setzt sich aus dem Stammkapital zuzüglich des Jahresgewinns, des Gewinn- / Verlustvortrages und der allgemeinen Rücklage zusammen. Finanzierungsprobleme bestehen nicht, solange der Eigenbetrieb Kassenkredite aufnehmen kann.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Das Wirtschaftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresgewinn von EUR 40.017,68 ab.

Der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn resultiert aus der Zuführung bzw. Entnahme von Rückstellungen, die für Urlaub, Überstunden, Jahresabschlusserstellung, Abschluss- und Prüfungskosten sowie die Archive zu bilden sind.

Der Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung sieht vor, den Jahresgewinn im Zuge der Eingliederung in die Kernverwaltung mit den bestehenden Forderungen aus Verlustvorträgen zu verrechnen. Der Vorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Jobcenter Kusel vereinbar.

14. Rentabilität / Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens / Konzerns nach Segmenten / Konzernunternehmen zusammen?

Der Eigenbetrieb ist in keine Segmente aufgeteilt.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebs ist nicht entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Für erbrachte Leistungen der Kreisverwaltung Kusel wurden die anteiligen Personal- und Sachkosten als Verwaltungskostenbeitrag abgerechnet.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Berechnung dieser Beiträge unsachgemäße Maßstäbe beinhaltet. Die Verteilungsmaßstäbe werden auskunftsgemäß jährlich überprüft.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es ist keine Konzessionsabgabe abzuführen.

Lese-Exemplar

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Im Berichtsjahr waren keine verlustbringenden Geschäfte zu verzeichnen.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Es gab keine einzelnen verlustbringenden Geschäfte im Berichtsjahr.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Der Jahresgewinn in Höhe von TEUR 40 resultiert aus dem Saldo aus Zuführungen, Verbräuchen und Auflösungen von Rückstellungen.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die Ausgaben des Jobcenter werden über Mittel des Bundes, des Landkreises und der Gemeinden des Landkreises Kusel finanziert. Das Jobcenter ist bestrebt, die Aufwendungen für Verwaltung zu reduzieren, um absehbare Mittelkürzungen des Bundes auszugleichen und den Landkreis und dessen Gemeinden nicht weiter zu belasten. Mit Beschluss des Kreistages vom 4. Juni 2025 wurde der Eigenbetrieb zum 1. Januar 2026 in den Kreishaushalt überführt.

Lese-Exemplar